SOZIALDEMOKRATIE, MILITARISMUS UND KOLONIAL-POLITIK AUF...

Arthur Dix

Digitized by Google

Pol. g. 1147 P

Digitized by Google

<36609067040019

<36609067040019

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Pol. g. 1147 P

Sozialdemokratie Militarismus und Kolonial-Politik

auf den Sozialisten-Kongressen 1907

von

Arthur Dix

Verlag der Buchhandlung der Nationalliberalen Partei, G. m. b. H.
Berlin W. 9, Schellingstraße 9.

9 A 2659

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek München

Altbestand 1874

Z
Dise

Bayerische Staats-Bibliothek

Inv. 40282
B

Digitized by Google

Staatsbibliothek
München

Einleitung.

Das Jahr 1907 hat auf deutschem Boden große Tagungen der roten Internationale gesehen: Zu Stuttgart kam im August der internationale Sozialistenkongreß zusammen, in Essen folgte im September der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und in Berlin im November der 2. sozialdemokratische Preußentag. Dieser letzte diente im wesentlichen nur dem Zweck, die preußischen Wahlrechtsdemonstrationen fortzusetzen, die man vor zwei Jahren mit so großem Tamtam und so kläglichem Mißerfolg begonnen hatte.

Der Stuttgarter und der Essener Parteitag waren u. a. der Behandlung zweier Hauptfragen gewidmet: des Antimilitarismus und der Kolonialpolitik. Mit der Stellung der internationalen und der deutschen Sozialdemokratie zu diesem Problem werden wir uns im Folgenden zu beschäftigen haben. Vorweg aber sei einem lehrreichen Vergleich zuliebe ein anderer Hauptpunkt der Tagesordnung für den Essener Parteitag herausgegriffen:

Zum ersten Male hat sich in Essen ein sozialistischer Parteitag wirklich eingehend mit der Alkoholfrage beschäftigt, nachdem die Parteileitung einer gründlichen Erörterung dieses Themas lange Zeit vorsichtig aus dem Wege gegangen ist. Zweifellos bildet der Alkoholismus für das Proletariat ein außerordentlich wichtiges Thema. Eine Partei, die wirklich die Arbeiterinteressen vertreten will, kann schwerlich umhin, den Arbeitern Aufklärung zu geben über die Gefahren des Alkoholismus. Wenn gleichwohl die Erörterung dieses Themas der sozialdemokratischen Parteileitung so unbequem ist, so dokumentiert sich darin an einem ganz typischen Beispiel der tiefe Zwiespalt zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis, zwischen vitalen Arbeiterinteressen und parteitaktischen Agitationsbedürfnissen.

Diese tiefe Zwiespältigkeit durchzieht alle sozialdemokratischen Theorien und Taten. Man denke nur an eine ursprüngliche Basis der sozialistischen Lehre, nämlich die Theorie von der notwendigen Verelendung der Massen. Sie ist blasse Theorie, sie steht mit den Tatsachen in Widerspruch und läßt sich als Dogma heute nicht mehr aufrecht erhalten. Als Vertreterin der Arbeiterinteressen muß die Sozialdemokratie in der Praxis

Digitized by Google

selbst dahin streben, die Theorie von der Verelendung der Massen zuschanden zu machen und mitzuarbeiten an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung des Arbeiterstandes; als politisch-demagogische Partei dagegen sieht sie ihren Weizen um so reichlicher blühen, je mehr eine tatsächliche Verelendung der Massen eintritt, je größer dementsprechend die Unzufriedenheit in den unteren Volksschichten ist.

Der gleiche Zwiespalt dokumentiert sich, um noch ein anderes Beispiel zu erwähnen, auch in der sozialdemokratischen Agrarpolitik, die immer noch nicht erfunden worden ist. Denn die sozialdemokratische Theorie behauptet das unbedingte Ueberwiegen des Großbetriebes auch im Grundbesitz. Die tatsächliche Entwickelung widerspricht dem vollkommen und auch die sozialdemokratische Feindschaft gegen den Großgrundbesitz muß die Partei der inneren Kolonisation geneigt machen. Dem aber widerspricht wieder die weitere Tatsache, daß der Bauer am allerschwersten für sozialistische Ideen gewonnen werden kann. Und was die Landarbeiter anbetrifft, so ist die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei genötigt, für ihre wirtschaftliche Hebung zu sorgen — dann aber widerspricht sie wieder ihrer Lehre von der Verelendung der Massen und erschwert als demagogische Agitationspartei ihre eigene, auf möglichst große Unzufriedenheit der Massen gegründete Arbeit.

Die Alkoholdebatte auf dem Essener Parteitag hat erneut bewiesen, daß auch in der Alkoholfrage die theoretischen Ziele der Sozialdemokratie und die praktischen Anforderungen der Agitation in krassem Widerspruch zueinander stehen. Theoretisch bekämpft die Sozialdemokratie den Alkoholismus, weil sie als Arbeiterpartei erkennen muß, wie schwer er die Arbeiter schädigt. Praktisch aber braucht sie ihn geradezu, weil er zur Proletarisierung beiträgt, weil er in den Parteiversammlungen die nötige Begeisterung weckt und weil die Parteifunktionäre großenteils als Gastwirte ihren Lebensunterhalt finden, die Schankstätten auch besonders geeignete Gelegenheit zur Einzelagitation abgeben.

So blieb denn der Parteileitung nichts anderes übrig, als in Essen eine Resolution durchzudrücken, für die es wohl keine andere Ueberschrift gibt, als die: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß! An der praktischen Bekämpfung des Alkoholismus wurde in weitem Bogen herumgegangen. Man spielte Versteck, indem man alle erdenklichen anderen sozialistischen Probleme in den Vordergrund schob, und begnügte sich mit rein theoretischen Auslassungen, vermied aber wohlweislich alles, was den Interessen der Parteibudiker, der Parteifunktionäre, der bei Entfachung politischer Begeisterung der Nachhilfe bedürftigen Volksredner und der Veranstalter sozialdemokratischer Instruktionsstunden mit Alkoholbegleitung, genannt „Zahlabende", zuwiderlaufen könnte.

Digitized by Google

Diese Beispiele seien vorangesetzt, um zu erklären, daß und weshalb der tiefe Zwiespalt in sozialdemokratischer Theorie und Praxis, wie wir ihn in den nächsten Kapiteln auf antimilitaristischem und kolonialpolitischem Gebiet beleuchten wollen, durchaus nicht Einzelerscheinungen bildet, sondern unlösbar verbunden ist mit dem ganzen Wesen der Sozialdemokratie, da eine praktische Vertretung der Arbeiterinteressen sich eben immer wieder als unvereinbar erweist mit den demagogisch-taktischen Interessen einer rein negierenden Umsturzpartei.

Die Zwiespältigkeit im sozialdemokratischen Antimilitarismus.

Ebenso widerspruchsvoll wie gegenüber dem einleitend gestreiften Problem ist die theoretische und praktische Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Militarismus und gegenüber der Agitation unter den Soldaten. Das äußerlich markanteste Beispiel hierfür bietet die Stellung zum „Verekeln" des Kasernendienstes. Als Arbeiter- und Proletarierpartei fühlt die Sozialdemokratie sich genötigt, für eine möglichst gute Lage der Rekruten in den Kasernen, für reichliche Nahrung, guten Sold und gute Behandlung einzutreten. Dem gegenüber steht das Ziel, den Militarismus dadurch zu unterwühlen, daß den Rekruten der Dienst verleidet wird. Dieses Ziel des Verekelns würde gerade bei schlechter Nahrung und schlechter Behandlung viel leichter erreicht werden.

Aber in dieser Aeußerlichkeit erschöpft sich die Zwiespältigkeit des sozialdemokratischen Antimilitarismus bei weitem nicht. Die Gegensätze liegen tiefer. In allgemeinen Ideen vom ewigen Frieden erstrebt die Sozialdemokratie die Beseitigung des ganzen Waffenhandwerks. In Anerkennung der Notwendigkeit aber, das Volk vor fremden Unterdrückern zu schützen, und in dem Streben, es auch wehrhaft zu halten gegen Unterdrückung durch die besitzenden Klassen, betont sie wiederum die Notwendigkeit einer starken Volkswehr. Die einen haben auch im sozialdemokratischen Lager den Begriff des Vaterlandes noch nicht ganz verloren, die anderen sagen, die herrschenden Klassen hätten dem Proletariat das Vaterland geraubt. Das Proletariat habe sich erst sein Vaterland zurückzuerobern. Und die dritten kennen überhaupt keine vaterländischen Interessen und Rücksichten, sondern nur die Interessen und Rücksichten des internationalen Proletariats gegenüber dem internationalen Kapitalismus. So entsteht denn in der Sozialdemokratie jene Verwirrung der Köpfe in Sachen Militarismus und Antimilitarismus, wie sie auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart und wie sie auch auf dem Essener Parteitag so deutlich hervorgetreten ist — auf Schritt

Digitized by Google

und Tritt schneidender Widerspruch, der am klarsten veranschaulicht wird, wenn man aus den endlosen Reden auf den letzten Kongressen nach dem stenographischen Protokoll ein paar markante Sätze heraushebt.

Der Antimilitarismus auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart.

Obwohl nach Auffassung der deutschen Sozialdemokratie durch die früheren internationalen Sozialistenkongresse die Stellung der roten Internationale zum Militarismus hinlänglich geklärt erscheint, hat der Stuttgarter Kongreß doch sehr ausgedehnter Verhandlungen bedurft, um eine Verständigung über die antimilitaristische Stellung der Sozialdemokraten aller Länder zu finden. In der Kommission bedurfte es einer fünftägigen Sitzung und der Einsetzung einer Subkommission. Insbesondere waren es die französischen Delegierten, die dem Parteitag viel zu schaffen machten.

Die schärfste der der Kommission vorliegenden Resolutionen war die des radikalen Franzosen Hervé:

„In der Erwägung, daß es für das Proletariat gleichgültig ist, in und unter welcher National- und Regierungsmarke die Kapitalisten es ausbeuten, der Erwägung, daß die Interessen der Arbeiterklasse ausschließlich den Interessen des internationalen Kapitalismus entgegenstehen, verwirft der Kongreß den bourgeoisen und Regierungspatriotismus, der die lügnerische Behauptung vom Bestehen einer Interessengemeinschaft unter allen Bewohnern desselben Landes aufstellt. Er erklärt, daß es die Pflicht der Sozialisten aller Länder ist, sich zum Sturz dieses Systems zu vereinigen, um ein sozialistisches Regime herbeizuführen und es zu verteidigen. Angesichts der diplomatischen Zettelungen, die von verschiedenen Seiten den europäischen Frieden bedrohen, fordert er alle Genossen auf, jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit dem Militärstreik und mit dem Aufstand zu beantworten."

Die Mehrzahl der französischen Delegierten beantragte die Erneuerung der Beschlüsse gegen den Militarismus und Imperialismus:

„Der Militarismus ist nur als die vom Staate organisierte Rüstung anzusehen, um die Arbeiterklasse unter dem ökonomischen und politischen Joch der kapitalistischen Klasse zu erhalten. Die Arbeiterklasse aller Länder ist daran zu erinnern, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann, ohne sich gegen diese Nation, gegen deren Arbeiterklasse und ebenso gegen die internationale Arbeiterklasse zu vergehen. Die bedrohte Nation und Arbeiterklasse haben die gebieterische Pflicht, ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegen diese Angriffe zu wahren, und sie haben ein Anrecht auf den Beistand der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Diese Verteidigungspolitik sowie der Antimilitarismus der sozialistischen Partei gebietet, die militärische Entwaffnung der Bourgeoisie und die Ausrüstung der Arbeiterklassen durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes zu fordern. Angesichts der russischen Revolution, der äußersten Bedrängnis des

Digitized by Google

Zarentums und der benachbarten Kaiserreiche, die ihm Hilfe leisten wollen, angesichts der unaufhörlichen kapitalistischen und kolonialen Unternehmungen und Plünderungen werden das Internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz aufgefordert, die nötigen Anstalten zu treffen, um im Falle eines drohenden internationalen Konfliktes die zur Verhinderung desselben geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die Verhütung und Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken. An jedem 1. Mai werden von den Proletariern und Sozialisten aller Nationen Kundgebungen veranstaltet, um diese Solidarität zum Ausdruck zu bringen."

Diese beiden französischen Resolutionen unterschieden sich also dadurch, daß Hervé unbedingt den Militärstreik und Aufstand als Antwort auf jede Kriegserklärung verlangt, wogegen die Mehrheit der französischen Delegationen auf diese ultima ratio zwar auch nicht verzichtete, sie aber doch sozusagen nur fakultativ machen wollte. Dagegen lehnte eine Minderheit der französischen Delegierten derartige Mittel als utopisch rundweg ab und beantragte:

„In Erwägung, daß die für den Antimilitarismus bestimmten Mittel von der Desertation und dem Militärstreik bis zur Revolution geeignet sind, die Propaganda und die Werbung für den Sozialismus zu erschweren und damit den Moment hinausschieben, wo das Proletariat hinreichend organisiert und stark genug sein wird, um durch die soziale Revolution dem Kapitalismus und allen Kriegen ein Ende zu machen, erklärt der Kongreß, daß das beste Mittel gegen den Militarismus und für den Frieden, wenn es nicht eine Utopie und Gefahr sein soll, darin bestehen muß, daß man die Arbeiter der ganzen Welt sozialistisch organisiert und daß man in der Zwischenzeit durch Verkürzung des Militärdienstes, durch Ablehnung aller Kredite für Heer, Marine und Kolonien, durch Propaganda für allgemeine Volksbewaffnung alle internationalen Kämpfe möglichst unmöglich macht, und zwar ist es Aufgabe des Internationalen Bureaus, im Falle ein politischer Konflikt droht, gemäß seiner Statuten zusammenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen."

Die von Bebel namens des deutschen Parteivorstandes vorgeschlagene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt; denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länderraub eine Hauptrolle spielen. Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt. Insbesondere ist die Arbeiterklasse die vorzugsweise die Kämpfer stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, die natürliche Gegnerin der Kriege, weil diese im Widerspruch stehen zu ihrem Ziel:

Digitized by Google

Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht. Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter, und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern. Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Wehrwesens, das alle Waffenfähigen umfaßt, eine wesentliche Ga antie, daß Angriffskriege unmöglich werden und die Ue erwindung nationaler Gegensätze erleichtert wird. Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern oder, falls ein solcher dennoch ausbrechen sollte, für seine rasche Beendigung einzutreten."

Bezüglich der im einzelnen zu ergreifenden Maßnahmen hielt sich also die Bebel'sche Taktik in großer Vorsicht zurück.

Leon Troclet beantragte namens der belgischen Arbeiterpartei die Annahme der durch die Anträge der französischen Genossen erweiterten Resolution Bebel und stellte dazu noch folgenden Zusatzantrag:

„Der Stuttgarter Kongreß will damit nicht etwa die Wahl der in Anwendung zu bringenden Mittel beschränken. Die Umstände von Zeit und Ort und besonders die wirkliche Macht des Proletariats im entscheidenden Moment können allein für die Frage der Möglichkeit einer Intervention entscheidend sein und für die Wahl der anzuwendenden Mittel richtigen Aufschluß geben."

Die Sozialdemokratic Federation-Großbritannien beschränkte sich darauf, die Ausarbeitung von Verhaltungsmaßregeln bei eintretenden Krisen zu fordern.

In der Diskussion reizte der in der radikalsten der vorgeschlagenen Resolutionen zum Ausdruck kommende gänzlich vaterlandslose Standpunkt Hervés den Widerspruch Bebels, der zu Beginn der Kommissionsberatungen in längerer Rede ausführte:

„Hervé sagt: Das Vaterland sei das Vaterland der herrschenden Klassen, das ginge das Proletariat nichts an. Ein ähnlicher Gedanke ist im Kommunistischen Manifest ausgesprochen, wo es heißt: Der Proletarier hat kein Vaterland. Aber einmal haben Marx' und Engels' Schüler erklärt, daß sie nicht mehr die Anschauungen des Manifestes teilten und zweitens haben sie im Laufe der Jahrzehnte zu den europäischen und auch deutschnationalen Fragen sehr klar und keineswegs negativ Stellung genommen. Was wir bekämpfen, ist nicht das Vaterland an sich, das gehört dem Proletariat weit mehr als den herrschenden Klassen, sondern die Zustände, die in diesem Vaterlande im Interesse der herrschenden Klassen vorhanden sind. Hervés Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehöre, ist absurd."

In seiner Opposition gegen die gefährliche Propaganda der Gedanken Hervés behauptete Bebel: die deutsche Sozialdemokratie beschränke sich nicht auf die Negation, „wir arbeiten auch überall

Digitized by Google

positiv". (?) Ganz „nationalistisch" fuhr er unter dem Widerspruch der Rosa Luxemburg fort:

„Das Kulturleben und die Kulturentwickelung eines Volkes kann sich nur auf dem Boden voller Freiheit und Unabhängigkeit durch das Hilfsmittel der Muttersprache entwickeln. Daher überall das Streben unter Fremdherrschaft stehender Völker nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit. Das sehen wir z. B. in Oesterreich, das sehen wir an dem Kampf der Polen um ihre nationale Wiederherstellung."

Ganz ungewöhnlich war das Zeugnis, das Bebel bei dieser Gelegenheit der von ihm sonst immer frivoler Kriegsneigungen geziehenen Regierung ausstellte, indem er sagte:

„In den maßgebenden Kreisen Deutschlands will niemand den Krieg, zum guten Teil mit Rücksicht auf die Existenz der sozialistischen Bewegung. Hat doch Fürst Bülow mir selbst gegenüber zugegeben, die Regierungen wüßten, was in einem großen europäischen Kriege für Staat und Gesellschaft auf dem Spiele steht, und deshalb werde man ihn nach Möglichkeit vermeiden."

Den Schluß der sehr bemerkenswerten und eigenartigen Rede des alten Parteiführers bildeten folgende Sätze:

„Wenn auch wir als Sozialdemokraten militärische Rüstungen nicht gänzlich entbehren können, so lange die Verhältnisse der einzelnen Staaten zueinander sich nicht von Grund aus geändert haben, so nur im Sinne der reinen Verteidigung und auf breitester demokratischer Grundlage, die einen Mißbrauch der militärischen Kräfte verhindert. Wir bekämpfen also in Deutschland den bestehenden Militarismus zu Lande und zu Wasser in jeder möglichen Form und mit allen unseren Kräften. Darüber hinaus können wir uns aber zu Kampfmethoden nicht drängen lassen, die dem Parteileben und unter Umständen auch der Existenz der Partei verhängnisvoll werden könnten."

Hervé seinerseits erklärte, daß die ganze sozialistische Welt „mit Erstaunen und Trauer" diese Haltung der deutschen Sozialdemokratie sehe und bezeichnete seine eigene Agitation in Frankreich, die er den Deutschen als Muster hinstellte, als „brutal, rücksichtslos, wild". Er erinnerte Bebel daran, daß er selbst in Amsterdam gesagt, ob deutsche Monarchie, oder französische Republik, ist für den Sozialisten ganz gleich. Er forderte die deutschen Sozialdemokraten auf, „nicht metaphysisch und dialektisch, sondern offen und klar, praktisch und taktisch" auszusprechen, was sie in bestimmten Kriegsfällen tun würden. Die ganze deutsche Sozialdemokratie bezeichnete er als verbürgerlicht, Bebel speziell als Revisionisten und unter schallender Heiterkeit tat er den schönen Ausspruch: „Jetzt habe ich sie hier auf den Straßen Stuttgarts gesehen, die deutschen Proletarier. Meine naiven Illusionen sind zerstört, es sind alles gute, zufriedene und satte Spießbürger."

Jaurès trat seinem radikalen Landsmann scharf entgegen, bezeichnete seine Agitation als bedeutungslos und äußerte sich in gleich nationalistischem Sinne wie Bebel, indem er sagte:

Digitized by Google

„Der Hervéismus, der noch vor 14 Monaten auf dem Parteitag in Limoges eine Anhängerschaft hatte, ist im Rückgang, im Aussterben begriffen. Das Vaterland will Hervé zerstören. Wir wollen das Vaterland zum Nutzen der Proletarier sozialisieren durch Ueberführung der Produktionsmittel in das Eigentum aller. Denn die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern."

Und Herr v. Vollmar hatte für den radikalen Hervé nur beißenden Spott. Bezüglich der Nationalitätenfrage äußerte er sich noch entschiedener als die erwähnten Vorredner mit den Worten:

„Es ist nicht wahr, daß international gleich antinational ist. Es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben, und dabei nenne ich das Wort Vaterland, ohne irgendeine haarspalterische Begriffserklärung hinzuzufügen. Ich weiß, daß und warum der Sozialismus international sein muß. Aber die Liebe zur Menschheit kann mich in keinem Augenblick hindern, ein guter Deutscher zu sein, wie sie andere nicht hindern kann, gute Franzosen oder Italiener zu sein. Und so sehr wir die gemeinsamen Kulturinteressen der Völker anerkennen und ihre Verhetzung gegeneinander verdammen und bekämpfen, so wenig können wir an die Utopisterei eines Aufhörens der Nationen und ihres Untergangs in einem formlosen Völkerbrei denken."

Die Streikfrage endlich tat er mit dem einen Satz ab: „Die Idee, den Krieg durch einen Militärstreik oder dergleichen aus der Welt zu schaffen, erscheint mir ebenso töricht, wie wenn man etwa glaubte, durch einen Generalstreik den Kapitalismus sozusagen über Nacht beseitigen zu können."

Nach endlosen Kommissionsberatungen wurde von Bebel die Einsetzung einer Subkommission von 13 Mitgliedern zur Abfassung der Resolution beantragt, und zwar sollten je 2 Vertreter der 6 großen Nationen, die in erster Linie bei einem Konflikt in Frage kämen, gewählt werden, nämlich: Frankreich, Deutschland, England, Rußland, Italien und Oesterreich; dazu als 13. Mitglied, zugleich als Vertreter der kleinen Nationen und als Schiedsrichter der Belgier Vandervelde. Die große Schlußrede Bebels, in der er diesen Antrag auf Beratung in einer Subkommission stellte, brachte dann noch die viel beachteten Ausführungen des alten Parteiführers über die Unmöglichkeit eines Generalstreiks bei Kriegsausbruch in Deutschland:

„Im Kriege würde nach einer Erklärung des Reichskanzlers Caprivi, die er 1893 abgab, Deutschland alle waffenfähigen Männer sofort unter die Fahne rufen, das sind 6 Millionen Männer, darunter nahezu 2 Millionen Sozialdemokraten, in Frankreich 4½ Millionen Soldaten. Wo bekämen wir da noch die Menschen für den Massenstreik her! Vier Millionen Familien wären in der höchsten Not, das ist schlimmer als jeder Generalstreik. Denket Euch in diese Situation, in die Stimmung dieser Massen! Wir bekommen vom Ausland einen großen Teil unserer Nahrungsmittel; am Tage der Kriegserklärung bleibt ihre Zufuhr aus. Wir haben keine Industrieprodukte mehr zu verkaufen, weil ein großer Teil der Produktion unmöglich geworden

Digitized by Google

ist durch die Unmöglichkeit ihrer Ausfuhr. Dies bedeutet weiter Arbeitslosigkeit und Not. Eine ungeheure Teuerung, vielleicht Hungersnot bricht aus. In den Massenschlachten der Gegenwart, so hat ein deutscher General gesagt, werden wir nicht wissen, wo wir die Verwundeten aufnehmen und die Toten begraben sollen. Und in solcher Situation sollen wir uns mit Massenstreikspielereien abgeben? Bei unserem ersten Aufruf dazu würden wir ausgelacht werden. Was kommen wird, weiß ich nicht, aber ich weiß, daß dieser Krieg wahrscheinlich der letzte sein wird, und daß er die ganze bürgerliche Gesellschaft aufs Spiel setzt. Wir können also nichts tun, als aufklären und Licht in die Köpfe bringen, agitieren und organisieren."

Außer den bereits genannten Staaten wurde noch den skandinavischen Ländern ein gemeinsamer Vertreter zugestanden und ebenso der Schweiz, nachdem ein schweizerischer Redner einen Sitz beantragt hatte, um in der Subkommission darlegen zu können, daß auch ein Milizheer nicht wünschenswert sei. Die Sitzungen der Subkommission waren nicht öffentlich. In der 5. Kommissionssitzung wurde der Bericht der Subkommission erstattet. Berichterstatter Vandervelde-Belgien teilte mit, daß die Subkommission sich nach langer Diskussion auf eine Resolution geeinigt habe. Diese habe zwar den Fehler, daß sie vielleicht zu lang sei, aber im anderen Falle hätte sie den noch ärgeren Fehler haben müssen, ungenau zu sein. Die Kommission habe weniger eine Formel für die Zukunft geben, als feststellen wollen, was bereits geschehen sei.

Die von der Kommission einstimmig angenommene Resolution, die in der letzten Sitzung des Plenums, am Sonnabend, den 24. August, zur Beratung kam, hätte folgenden Wortlaut:

„Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwickelung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung

Digitized by Google

einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich und die Ueberwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem Internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdlichen Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Wasser und zu Lande, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen:

So namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschodafall zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkokrise; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Oesterreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Krieg zu widersetzen, ihm eine Ende zu machen und die Krise des Landes zur Befreiung der arbeitenden Klasse auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengefaßt werden.

Der Kongreß ist der Ueberzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Rüstungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

Digitized by Google

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Ob schon einmal auf einem internationalen Kongreß eine gleich lange oder längere Resolution angenommen worden ist, wurde von dem Berichterstatter für das Plenum selbst bezweifelt. Es liegt auf der Hand, daß die immense Wortfülle nur die Inhaltlosigkeit verdecken soll. Anderes war ja auch nicht zu erwarten, wenn in der Kommission die Gegensätze so außerordentlich groß waren. Das Ziel des internationalen Kongresses war die einstimmige Annahme einer Resolution um jeden Preis, und dieses Ziel war nur erreichbar, wenn man sich in kühnem Salto mortale über die Zwiespältigkeit der zutage getretenen Auffassungen hinwegsetzte und durch großen Wortschwall verhüllte, daß man — nichts zu sagen hatte.

Aus jeder der vorgeschlagenen Resolutionen hatte man diesem Bandwurm so viel wie möglich einverleibt. Aber man erklärte sich doch außerstande, irgend eine feste Formel für die Betätigung des sozialdemokratischen Antimilitarismus aufzustellen und begnügte sich mit der Feststellung, daß die verschiedensten Aktionsformen durchführbar waren und in der Praxis durchgeführt würden. Ueber die Macht des internationalen Proletariats, Kriege zu verhindern, oder ausgebrochene Kriege zum schnellen Ende zu führen, gab man sich dabei allerdings einer starken Selbsttäuschung hin. Wie sah es denn in Wahrheit bei den letzten größeren Feldzügen aus?

Die englischen Sozialdemokraten haben den südafrikanischen Krieg um keinen Tag abgekürzt. Der ostasiatische Krieg ist trotz der russischen Revolution bis zu dem Augenblick fortgeführt worden, in dem die finanzielle Lage Japan zwang, auf das nachdrückliche Zureden Amerikas zu hören. Die Fortführung des deutschen Feldzuges in Südwestafrika bis zur vollen Erreichung des Zieles ist gerade durch den Appell an die Wähler besiegelt worden. Und was die verhinderten Kriege anbetrifft, die in der langatmigen Resolution des Stuttgarter Kongresses erwähnt worden sind, so haben dazu ganz andere Faktoren beigetragen, als das internationale Proletariat, so nach Faschoda die damals recht mangelhafte Küstenbefestigung Frankreichs und in den Tagen des Marokkostreits einerseits die ruhige Besonnenheit und Friedens-

Digitized by Google

liebe der deutschen Regierung, andererseits das scharf geschliffene deutsche Schlachtschwert, das auch die Franzosen zur Besonnenheit zwang.

Wortreich, wie die Resolution gestaltet war, konnten die Vertreter der verschiedensten Standpunkte sie für sich in Anspruch nehmen. Aber selbst gegenüber dieser weitschweifigen Form, in der alles und nichts gesagt war, fehlte es doch nicht an Widerspruch. Bemerkenswerter Weise kam er gerade aus den Ländern, die den Militarismus im Sinne sozialdemokratischer Phraseologie nicht kennen: aus der Schweiz und aus England. In der Schweiz ist man auch mit dem Milizsystem nicht zufrieden und in England mit seinem Söldnerheer will man von der Volksbewaffnung nichts wissen.

Durch ein paar elegante Wendungen waren diese Widersprüche aber schon in der Subkommission zum Schweigen gebracht. Für das Plenum wurde die Parole ausgegeben: um des Himmels willen keine Diskussion! Sie hätte einen unabsehbaren Umfang annehmen müssen und gar zu leicht den übermäßig kunstvollen Bau der Resolution über den Haufen stürzen können. Vandervelde hielt ein langes Referat, in das der Uebersetzer Adler-Wien noch einige Einschaltungen aus Eigenem machte, und dann schlug Singer vor, die Resolution ohne Diskussion per Akklamation anzunehmen. Nur der Draufgänger Hervé protestierte mit der Begründung, daß die Resolution in schneidendem Widerspruch stünde zu den Ausführungen Bebels und Vollmars, daß also die deutsche Delegation erst die Erklärung abgeben müsse, daß sie den Standpunkt dieser Redner nicht mehr einnehme, sondern sich auf den Boden der Resolution gestellt habe. Er wollte die deutsche Sozialdemokratie zwingen, Farbe zu bekennen und sich voll und ganz mit dem Sinne der Resolution einverstanden zu erklären. Sein Verlangen drang indessen nicht durch und die Resolution wurde „einstimmig" angenommen.

Einige bemerkenswerte Punkte verdienen noch aus dieser Schlußsitzung hervorgehoben zu werden. Zunächst einmal, daß Adler in seinen Einschaltungen in das Referat die Haager Friedenskonferenz verhöhnte. Und sodann ließ sowohl Adler wie Vandervelde in ganz kurzen gelegentlichen Aeußerungen Durchblicke, die die eigentlichen Endziele der antimilitaristischen Agitation und die eigentlichen Mittel ihrer Durchführung erkennen ließen.

Das Endziel ist weit davon entfernt, ein friedliches zu sein. Wie sagte doch Vandervelde:

„Die Anerkennung der Nationen bedingt auch die Notwendigkeit technischer Einrichtungen zu ihrer Verteidigung. Darum schlägt die Kommission die Miliz als Volkswehr vor, als Mittel der Verteidigung der Selbständigkeit der Nationen und als wirksame Schutzwehr gegen die Unter-

Digitized by Google

drückung des inneren Feindes durch den Militarismus. Denn im kapitalistischen Militarismus ist die Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, weniger wichtig für den Soldaten, als die, auf Vater und Mutter zu schießen."

Die Miliz als Schutzwehr gegen die Unterdrückung des inneren Feindes — wer wollte glauben, daß eine zu diesem Zweck organisierte Miliz eine defensive bleibt und nicht vielmehr eine offensive werden soll! Keine Schutzwehr gegen die bürgerliche Gesellschaft, sondern eine Angriffstruppe, um die bürgerliche Gesellschaft unter das Regime des Proletariats zu zwingen. Dieses kriegerisch-revolutionäre Ziel ist das wahre Endziel des sozialdemokratischen Antimilitarismus. Und auf welchem Wege man es erreichen will, das mag man aus Adlers Einschaltungen entnehmen:

„So sind wir denn zu der Ansicht gekommen, daß der Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus und den Krieg in Wahrheit unbegrenzte Möglichkeiten hat und daß keiner voraussehen kann, welche dieser Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden wird. Unsere Pflicht aber ist es, durch die Erziehung des Proletariats diese Möglichkeiten immer mehr zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dabei nimmt die allererste Stelle auch ein die Erziehung der Jugend zum Sozialismus und zur Empfindung der Solidarität aller Völker, der Klassensolidarität des Proletariats Wenn die Jugend in diesem Geiste erfüllt wird — und in fast allen Ländern sind dafür in den verschiedensten Formen Ansätze vorhanden — wenn die sozialistische Erziehung so mit der Jugend das ganze Volk erfaßt, dann wird auch die Zeit kommen, wo dem kämpfenden Proletariat nicht mehr werden entgegengestellt werden können Proletarier, die selbst die Bajonette gegen ihre eigenen Brüder tragen."

Sozialistische Jugenderziehung zum Zweck völliger sozialistischer Durchseuchung des Heeres — das ist das Kampfmittel. Und im Hinblick auf jenes Endziel und dieses Mittel zur Erreichung des Endziels haben sie in der Tat recht, sich alle die Hand zu reichen von Hervé und Liebknecht bis Bebel und Vollmar; denn ob der eine als Zugabe noch den Militärstreik, der andere desgleichen die Verekelung des Kasernendienstes proklamiert, das ist schließlich nicht das Wesentliche; sondern das Wesentliche ist das übereinstimmende Streben, durch sozialistische Jugenderziehung dahin zu gelangen, daß das Volksheer sich gebrauchen läßt nicht zur Abwehr äußerer Feinde, sondern zur Niederzwingung der bürgerlichen Gesellschaft, zur Errichtung der Schreckensherrschaft des Proletariats.

So stehen die Dinge. So sieht der friedliebende, friedensschwärmerische Antimilitarismus der Sozialdemokratie aus.

Das Mittel, über das alle Sozialdemokraten einig sind — gleichviel ob sie außerdem noch den Militärstreik proklamieren oder nicht — deutet aber zugleich den Weg an, auf dem die bürgerliche Gesellschaft die Gegenwehr zu betreiben

Digitized by Google

hat: Die Bewahrung der Jugend vor sozialistischer Erziehung durch allseitigen Ausbau des Erziehungswesens auf dem Boden der bestehenden Ordnung: Volksschule, Fortbildungsschule und weiterhin zur Ergänzung Jugendleitung, Jugenderziehung, Jugendorganisation auf dem Boden der bürgerlichen Parteien zur Abwehr der sozialdemokratischen Bestrebungen, ihrerseits vom ersten Moment an den vollen Einfluß auf die heranwachsende Generation zu gewinnen.

Der Antimilitarismus auf dem Essener Parteitag.

Die widerspruchsvollen Anschauungen, die innerhalb der internationalen Sozialdemokratie über die Fragen der antimilitaristischen Taktik herrschen, kehrten nach Stuttgart in entsprechend modifizierter Form auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Essen wieder. Hier spielte namentlich das inzwischen durch den Sohn des alten Liebknecht propagierte Wort eine große Rolle, daß man den Soldaten den Kasernendienst verekeln müsse. Die Essener Militärdebatte ging aus von dem Antrag des sozialdemokratischen Vereins Kiel:

„Bei Beratung des Militäretats sind nur solche Fraktionsredner zu bestimmen, die die völlige Garantie bieten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen und im Sinne der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart."

Als Berichterstatter hatte der Abgeordnete Südekum die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion bei der letzten Beratung des Militäretats im Reichstag folgendermaßen gerechtfertigt:

„Der einzige Punkt, der in manchen Parteiorten eine gewisse Kritik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgefordert hat, war der von uns gestellte und von der Mehrheit des Reichtags angenommene Antrag auf eine demnächst vorzunehmende Erhöhung der Soldatenlöhnung. Wer von Ihnen beim Militär gewesen ist, weiß, daß die dem Soldaten ausgehändigte Barlöhnung von 22 Pf. auch nicht im entferntesten hinreicht. Ebenso wie die Sozialdemokratie seinerzeit für die Gewährung eines warmen Abendbrotes an die Soldaten, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den Kasernen und so weiter eingetreten ist, so lag es durchaus auch in der Richtung dieser alten Taktik, nun eine sachlich durchaus gerechtfertigte Erhöhung dieser Bezüge an Bargeld für die Soldaten anzuregen. Damit ist nicht die geringste Förderung dem zuteil geworden, was wir als den spezifischen Militarismus mit Recht bekämpfen, sondern es ist nur einer eklatanten Notlage der proletarischen Mitglieder des Heeres ein, wie ich hoffe, baldiges Ende bereitet worden."

Hieran knüpfte nun die Debatte an, in der die beiden sozialdemokratischen Redner zum Militäretat, die Abgeordneten Bebel und Noske, sich ihrer Haut zu wehren hatten. Noske hatte im Reichstag gesagt:

„Unsere Stellung zum Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Nationalitätsprinzips. Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation.

Digitized by Google

Aber das bedingt, daß wir auch Wert darauf legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewahrt wird. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht etwa von irgend einem anderen Volk an die Wand gedrückt wird. Was wir im Militarismus bekämpfen, ist der unnötige Drill, sind die Soldatenschindereien, die Abschließung der Offiziere als Kaste und die Erklärung des Heeres als eines Machtmittels, das Uebergewicht der besitzenden Klassen gegenüber den nichtbesitzenden aufrecht zu erhalten."

Das könnte nun allerdings auch ein bürgerlicher Politiker ganz ähnlich sagen, denn „unnötiger" Drill und Soldatenschinderei wird auch von anderen Seiten bekämpft und auch in den bürgerlichen Parteien betrachtet man das Heer nicht als ein Machtmittel, das Uebergewicht der besitzenden Klassen gegenüber den nichtbesitzenden aufrecht zu erhalten, was eine völlige Umdrehung des Sachverhalts bedeutet, sondern es ist immer nur die Rede gewesen von militärischer Sicherung gegen den gewaltsamen Umsturz.

In Uebereinstimmung mit Bebel sagte Noske nun auf dem Essener Parteitag:

„Mit Nachdruck ist von mir betont worden, daß im Falle eines Angriffs auf Deutschland, im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes, die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen. Genau dasselbe haben unsere französischen Parteigenossen wiederholt versichert, als man ihnen den Vorwurf gemacht hatte, daß sie vaterlandslos seien."

Diejenigen Genossen, die nur ein proletarisches und kein patriotisches Interesse kennen, tadelten ihn hierfür ob seines „Kriegervereinstons". So sagte Liebknecht:

„So schließt ein Sozialdemokrat eine Rede! In der ganzen Rede Noskes kommt nicht mit einem Wort der Klassenkampfcharakter der Sozialdemokratie zum Ausdruck. Es wird nicht betont, daß wir den Militarismus als ein dem Interesse der herrschenden Klassen dienendes Klasseninstrument bekämpfen. Nicht eine Silbe von internationaler Solidarität, gleich als ob die Aufgaben der Sozialdemokratie an den schwarzweißroten Grenzpfählen aufhörten."

Und die streitbare Klara Zetkin sagte als unbedingte Gegnerin des Militarismus:

„Wir haben ihn stets zu betrachten in seiner Zwiespältigkeit als Abwehrmittel gegen den äußeren Feind und als Herrschaftsinstrument zur Bändigung und Knechtung des „inneren Feindes". Wir haben ihm keine Konzession zu machen, sondern müssen beständig an seiner Ueberwindung arbeiten. Zwei Wege führen zu dem Ziel, die wir beide gehen müssen. Der eine ist, daß wir unablässig an der Demokratisierung des stehenden Heeres arbeiten, in der Richtung zur allgemeinen Volksbewaffnung. Nicht, um das Vaterland wehrlos dem Feinde auszuliefern, nein, um das Vaterland wehrhaft zu machen. Der andere ist, daß wir den Militarismus von innen aushöhlen durch die Revolutionierung der Köpfe. Wir müssen dafür sorgen, daß die proletarische Jungmannschaft so vom sozialistischen Geiste erfüllt in die Kaserne kommt, daß sie ihrerseits unbrauchbar wird zum Kampf gegen den äußeren Feind. Zu diesem Zwecke müssen wir die Bestrebungen zur sozialistischen Bildung, zur Organisierung der proletarischen Jugend unterstützen, wir müssen darauf hinwirken, daß diese von zartester

Digitized by Google

Kindheit an auch im Hause durch die Eltern im sozialistischen Geiste erzogen wird."

Als Gegner der Verekelungsmethode bekannte sich Stadthagen:

„Unsere Aufgabe ist es nicht, den Militarismus zu verekeln. Das tut auch die bürgerliche Gesellschaft, der Militarismus, das Militärsystem selbst, das Leben derer, die in seinem Dienst sind, zu erschweren, die verekeln, nicht wir. Und dies zum Bewußtsein zu bringen, ist teilweise unsere Aufgabe. Wir wollen den Soldaten nicht das Leben verekeln. Wir wollen es ihnen angenehm machen, damit sie das Leben für lebenswert erachten und das wirkliche Vaterland verteidigen gegen die Feinde des Proletariats."

Wogegen Liebknecht sich folgendermaßen verteidigte:

„Das Wort vom Verekeln ist anscheinend von einigen falsch aufgefaßt worden. Es handelt sich bei dem „verekeln" um nichts weiter als um die Aufklärung der Massen über den Klassencharakter des Militarismus, über die Rolle, die der Militarismus speziell im Klassenstaat spielt, und die Rolle, die die herrschenden Klassen dem Proletarier im bunten Rock ansinnen. Und außerdem um die Aufklärung über die sonstigen besonderen Schädlichkeiten des Militarismus. In diesem Sinne wollen wir den Soldaten Kasernendienst verekeln."

In Gegensatz zu den Vertretern ausschließlich proletarischer und internationaler Interessen, vertrat Bebel nach Konstatierung der Tatsache, daß Noskes Reichstagsrede in der Fraktion von keiner Seite kritisiert worden ist, die Vaterlandsverteidigung mit den Worten:

„Nun ist das Wort von der Verteidigung des Vaterlandes gefallen. Ich habe hierzu damals gesagt: Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist, als den Boden, auf dem wir leben, dessen Sprache wir sprechen, dessen Sitten wir besitzen, weil wir dieses unser Vaterland zu einem Lande machen wollen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit besteht. Wir verteidigen also dieses Vaterland nicht für, sondern gegen Euch. Und deshalb müssen wir gegebenenfalls das Vaterland verteidigen, wenn ein Angriff kommt."

Ebenso billigte Vollmar Noskes Rede und präzisierte seinen Antimilitarismus in scharfem Gegensatz zu dem Liebknechts folgendermaßen:

„Im vorigen Jahre ist auf der Tagung der Jungen Garde in Mannheim der Wunsch ausgesprochen worden, es möge dahin kommen, daß die Rekruten nicht mehr freudig in die Kaserne gingen, sondern mit einem Trauerflor erschienen. Das müßte ja wahrhaftig ein recht angenehmes Leben beim Militär für die Rekruten werden, die sich von vornherein schon selbst so stigmatisieren. Genosse Liebknecht hat bei der jüngsten Tagung der Jungen Garde in Stuttgart den Ausspruch getan: auf dem Internationalen Kongreß zu Stuttgart habe zu seiner Freude der Elan der Ausländer, namentlich der Franzosen, Belgier und Russen, uns Deutschen einen ordentlichen Stoß nach vorwärts gegeben auf dem Wege zum Antimilitarismus, wie er ihn versteht. Ich leugne das auf das allerentschiedenste und behaupte im Gegenteil, es wäre außerordentlich traurig, wenn wir uns auf diese Weise auch nur einen Schritt vorwärts treiben ließen auf eine Bahn, die wir seit Jahren für vollkommen verkehrt und gefährlich ansehen. Der Antimilitarismus, den wir

Digitized by Google

allein treiben können und treiben müssen, ist bei uns von jeher getrieben worden, und wir können sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf diesem Gebiete geradezu ein Vorbild für die sozialistischen Parteien anderer Länder gewesen ist. Das ist aber etwas ganz anderes als dieser spezifische Antimilitarismus, den uns Liebknecht predigen will, und bei dem sich schon die größten Schwierigkeiten zeigen, sobald man nur die ersten Schritte macht. Wir sollen gewiß an die für uns zugängliche Jugend herantreten, aber nicht mit großen Redensarten, sondern indem wir ihre Bildung nach jeder Richtung hin vertiefen, indem wir unsere Weltanschauung, unsere Kulturideale in sie hineinpflanzen. Weiter müssen wir dafür sorgen, unseren Einfluß und unsere Macht zu verstärken. Jeder Fetzen Macht und Einfluß, den wir gewinnen, dient zum Nachteil des Militarismus. Die neue Art von Antimilitarismus aber, wie Liebknecht jetzt die Stuttgarter Beschlüsse geltend zu machen sucht, diese müssen wir in derselben energischen Weise zurückweisen wie bisher, weil sie die ganze Stellung unserer Partei verändern würde, und wir unmöglich die Verantwortung dafür tragen können."

Die Zwiespältigkeit des sozialdemokratischen Antimilitarismus rückte dann David-Mainz einigermaßen ins Licht mit den Worten:

„Es gehen hier zwei Dinge in der Debatte durcheinander. Einmal die von Liebknecht vertretene Auffassung, daß wir eine neue, stärkere antimilitaristische Propaganda treiben müssen. Und dann unsere Stellung zu der Militärfrage überhaupt. In bezug auf die letztere ist ein prinzipieller Unterschied nicht vorhanden, in bezug auf die erstere Frage meine ich, daß durch Liebknechts Vorschlag der erstrebte Zweck nicht erreicht wird, die waffentragende Bevölkerung schneller für uns zu gewinnen. Es wird vielmehr dadurch die Erreichung dieses Zieles geradezu erschwert. Liebknecht hat ja manches zurückgezogen. Er meinte, er sei mißverstanden worden, so auch hinsichtlich des Ausdrucks „Verekeln". Derselbe muß allerdings aufs schärfste zurückgewiesen werden. Wenn wir unseren Genossen im Militärrock den Aufenthalt beim Militär verekeln wollten, dann wäre unser ganzes Verhalten falsch gewesen. Dann durften wir nicht die Löhnungen erhöhen, und wir durften dann auch nicht gegen die Militärmißhandlungen auftreten."

Bebels Auffassung von der Notwendigkeit sozialdemokratischer Beteiligung an der Abwehr eines Angriffskrieges fand ihren schärfsten Gegner in Karl Kautsky, der die Auffassung am deutlichsten umschrieb, indem er ausführte:

„Meiner Ansicht nach können wir uns nicht darauf festlegen, jedesmal, wenn wir überzeugt sind, daß ein Angriffskrieg droht, die Kriegsbegeisterung der Regierungen zu teilen. Wir haben uns nicht von dem Gesichtspunkte leiten zu lassen, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, sondern davon, ob ein proletarisches oder demokratisches Interesse in Gefahr ist. Die deutsche Regierung könnte aber auch eines Tages den deutschen Proletariern weismachen, daß sie die Angegriffenen seien, die französische Regierung könnte das gleiche den Franzosen weismachen, und wir hätten dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletarier mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Hälse abschneiden. Das muß verhütet werden und das wird verhütet, wenn wir nicht das Kriterium des Angriffskrieges anlegen, sondern das der proletarischen Interessen, die gleichzeitig internationale Interessen sind. Denken wir an den deutsch-französischen Krieg! Es war damals ein proletarisches Interesse, daß das Kaisertum nicht die Republik demütigen, und daß den Bewohnern von Elsaß-Lothringen die Angehörigkeit zu einem Staat nicht aufgedrängt werde nach dem Recht der

Digitized by Google

Eroberer, sondern nach dem Selbstbestimmungsrecht. Die Demokratie mußte verlangen, daß die Elsaß-Lothringer sich entscheiden, wozu sie gehören wollen. Unsere Genossen in Deutschland haben damals dementsprechend gehandelt im Einvernehmen mit der gesamten Internationale, es war nicht eine deutsche oder französische, sondern eine internationale Angelegenheit. Und es ist eines der größten Ruhmesblätter von Bebel, daß er sich damals nicht auf die patriotische Seite gestellt hat, sondern auf die Seite, die ihm das proletarische, das internationale Interesse gebot. Glücklicherweise ist es ein Mißverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfalle nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, daß sie sich in erster Linie als Deutsche und in zweiter Linie als Proletarierpartei fühlte. Die deutschen Proletarier sind solidarisch mit den französischen Proletariern und nicht etwa mit den deutschen Scharfmachern und Junkern."

Dagegen fand im Schlußwort Südekums diese Auffassung vom Antimilitarismus wieder entschiedene Zurückweisung:

„Wir lehnen auch heute grundsätzlich die Liebknechtschen Ansichten und Anregungen ab. Genosse Liebknecht ist einer von denen, die ungeduldig sind, denen es nicht rasch genug geht und die deshalb ihr Augenmerk auf einen bestimmten Punkt der sozialdemokratischen Propaganda richten, während das Problem, das wir lösen wollen, doch nur durch die gesamte Tätigkeit, durch die Wandlung unseres Gemeinwesens gelöst werden kann. So steht die Sache denn doch nicht, daß wir den Militarismus, losgelöst von seinen ganzen historischen Existenzbedingungen, von seinen Werdebedingungen, allein abtun können."

Zum Schluß wurde der eingangs erwähnte Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

So haben denn auch die Essener Debatten deutlich gezeigt, daß der sozialdemokratische Antimilitarismus tatsächlich hilflos hin- und herschwankt. Uebrigens soll damit die Gefahr sozialdemokratischer Durchseuchung der Jugend, bevor sie in die Kaserne kommt, keinesfalls verkannt und verkleinert werden. Ihr vollste Aufmerksamkeit zu schenken, ist namentlich Sache der bürgerlichen Parteien, die der Sozialdemokratie an politischer Erziehung der heranwachsenden Generation nicht nachstehen dürfen. Daneben aber hat auch der Staat das Seine zu tun, indem er beispielsweise gelegentlich des immer allgemeiner auszudehnenden Fortbildungsunterrichts auch eine objektive staatsbürgerliche Unterweisung nicht fehlen läßt, damit die Jugend nicht verleitet wird, sich solche Unterweisung einseitig bei den sozialdemokratischen Lehrmeistern zu suchen.

Ein Nachspiel zu den Militärdebatten auf den beiden Sozialistenkongressen hat inzwischen gezeigt, wie wandlungsfähig die sozialdemokratische Auffassung in ihrer Zwiespältigkeit ist. In Essen hatte die Mehrheit der alten sozialdemokratischen Führer den jungen Liebknecht als unbesonnenen Draufgänger noch kräftig abgeschüttelt, wie man ihn überhaupt bis dahin nie weit in den Vordergrund treten lassen mochte. Da kam der Leipziger Hochverratsprozeß, der Liebknecht wegen seiner antimilitaristischen Broschüre bereitet wurde und der mit einer Verurteilung Lieb-

Digitized by Google

knechts zu Festungshaft endete. Sofort wandte sich das Blatt, aus dem eben noch bekämpften Liebknecht wurde ein sozialistischer Märtyrer gemacht und die eben noch als unklug bezeichnete Broschüre suchte man nach ihrer Konfiskation aufs neue zu verbreiten, nämlich im Rahmen eines stenographischen Berichts über den Leipziger Hochverratsprozeß, in dessen Verlauf sie vollständig zur Verlesung gekommen war. Von diesem ersten Eifer für den sogenannten Märtyrer ist man dann freilich wieder etwas zurückgekommen. Ursprünglich sollte der gesamte stenographische Prozeßbericht, einschließlich der verlesenen Broschüre unmittelbar nach dem Prozeß erscheinen. Dann überlegte man sich es doch noch, ob die Wiedergabe der konfiszierten Broschüre wirklich rätlich sei und begann wiederholte Umarbeitungen des mit großem Tamtam angekündigten Prozeßberichts, dessen Erscheinen von Woche zu Woche hinausgezögert wurde und auch in diesem Moment, das heißt Ende November, noch nicht erfolgt ist.

Das Uebergewicht, das der Antimilitarismus radikaler Liebknecht'scher Observanz auch in der deutschen Sozialdemokratie im Anschluß an den Leipziger Hochverratsprozeß für einen Augenblick gewinnen zu sollen schien, ist offenbar nicht von Bestand. Von Bestand aber ist die weit gefährlichere, weil schwerer faßbare Seite der zähen antimilitaristischen Propaganda von unten herauf, die auf dem sicheren Umwege über die sozialistische Jugenderziehung betrieben wird. Und hier den Hebel zur Abwehr anzusetzen, bleibt daher das erste Gebot, das sich für Staat und Gesellschaft aus allen Betrachtungen der antimilitaristischen Debatten im sozialdemokratischen Lager ergibt.

Die Zwiespältigkeit in der sozialdemokratischen Kolonialpolitik.

Die Kolonialpolitik auf dem Stuttgarter Kongreß.

Genau die gleichen Widersprüche, wie wir sie im sozialdemokratischen Antimilitarismus gefunden haben, finden wir auch in der Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik. Auch hier können Theorie und Praxis, können reine Negation und das Streben nach neuen positiven Werten für die Zukunft nicht zusammenkommen. Kann und soll die Sozialdemokratie überhaupt Kolonialpolitik treiben? Kann sie in der Gegenwart versuchen, auf ihre Art bessernde Hand an die Kolonialpolitik zu legen? Kann und soll sie für den Zukunftsstaat ein kolonialpolitisches Programm aufstellen? Soll sie sich damit begnügen, grundsätzlich alle Kolonialpolitik in Grund und Boden zu verurteilen, alle kolonialpolitischen Forderungen abzulehnen? Soll sie insofern mitarbeiten an der Kolonialpolitik des Reiches, als sie sich bestrebt, bei der Verwaltung der Kolonien, bei der Behandlung der Ein-

Digitized by Google

geborenen nach Möglichkeit ihre sozialistischen Auffassungen zur Geltung zu bringen? Auf alle diese Fragen suchen wir in den kolonialpolitischen Debatten der roten Internationale und der deutschen Sozialdemokratie vergebens eine präzise, einheitliche Antwort. Schon gelegentlich der Vorberatung des kolonialpolitischen Problems in der Kommission des Stuttgarter Kongresses trat scharf die Zwiespältigkeit der Auffassung unter den deutschen Sozialisten hervor. Dr. David forderte praktische Direktiven für die sozialistische Kolonialpolitik und erinnerte an das Wort Bebels:

„Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen Vertreter kultivierter Länder zu fremden Völkern als Befreier, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu bringen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als Kulturmission zu unterstützen bereit sind."

Ledebour vertrat den entgegengesetzten Standpunkt der absoluten Negation aller Kolonialpolitik. Man versuchte in der Kommission eine Einigung auf folgendes Kompromiß, vorgeschlagen von van Kol, Wibaut und Ledebour:

„Der Kongreß bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode. Das Wesen des Kapitalismus hat keinen anderen Zweck, als fremde Länder zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten. Der Kongreß verurteilt jede Politik des Raubes und der Eroberung, die nur eine schamlose Anwendung des Rechtes der Stärkeren ist. Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten in allen Parlamenten die Pflicht haben, die Methode der Ausbeutung und Knechtung zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrschen. Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern und jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen und deren Ausbeutung und Versklavung zu verhindern. Sie haben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Erziehung zur Unabhängigkeit zu begünstigen. Finanziell betrachtet, sollen die Ausgaben für die Kolonien ebenso wie die, die der Imperialismus verschuldet, und die, die im Interesse der ökonomischen Entwicklung der Kolonien gemacht werden, von jenen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer daher stammen."

Diese Resolution enthält keine grundsätzliche Ablehnung der Kolonialpolitik überhaupt, sondern gibt vielmehr Direktiven für die parlamentarische Stellungnahme bei der Arbeit für kolonialpolitische Reformen und der Verteilung der kolonialpolitischen Lasten. Noch deutlicher sollte die positive Auffassung einer sozialistischen Kolonialpolitik zum Ausdruck kommen durch eine von David zu dieser Resolution vorgeschlagene Einleitung:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises in den Dienst der Menschheit stellen und die Völker aller Farben und Zungen zur höchsten Kultur emporführen will, sieht der Kongreß in der kolonialen Idee als solcher einen integrierenden Bestandteil des universalen Kulturziels der

Digitized by Google

sozialistischen Bewegung. Die jetzige kapitalistisch-koloniale Methode aber hat keinen andern Zweck, als fremde Völker auszubeuten usw. . ."

Von belgischer und österreichischer Seite wurde dem Standpunkt Davids beigetreten. Die Kommission einigte sich unter Ablehnung des Antrags David und Annahme eines von van Kol vorgeschlagenen Einleitungssatzes nebst von deutscher und französischer Seite vorgeschlagener Zusätze auf folgende Resolution:

„Der Kongreß stellt fest, daß der Nutzen oder die Notwendigkeit der Kolonien im allgemeinen — besonders aber für die Arbeiterklasse — stark übertrieben wird. Er verwirft aber nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wird wirken können.

Er bestätigt von neuem die Resolutionen von Paris (1900) und Amsterdam (1904) über die Kolonialfrage und verwirft nochmals die jetzige Kolonisationsmethode, die, ihrem Wesen nach kapitalistisch, keinen anderen Zweck hat, als fremde Länder zu erobern und fremde Völker zu unterwerfen, um sie schonungslos zum Nutzen einer verschwindenden Minderheit auszubeuten, während gleichzeitig im eigenen Lande die Lasten der Proletarier steigen.

Als Feind jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und als Verteidiger aller Unterdrückten ohne Unterschied der Rasse, verurteilt der Kongreß diese Politik des Raubes und der Eroberung, die nur die schamlose Anwendung des Rechtes des Stärkeren ist und das Recht der besiegten Völker mit Füßen tritt.

Die Kolonialpolitik vermehrt die Gefahr kriegerischer Verwickelung zwischen den kolonisierenden Staaten und steigert ihre Belastung durch Heer, und Flotte.

Finanziell betrachtet sollen die Ausgaben für die Kolonien, ebenso solche, die der Imperialismus verschuldet, als auch solche, die im Interesse der ökonomischen Entwickelung der Kolonien gemacht werden, von denen getragen werden, die allein von der Ausplünderung fremder Länder Nutzen ziehen und deren Reichtümer aus ihnen stammen.

Der Kongreß erklärt schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht.

Zu diesem Zwecke haben sie für Reformen einzutreten, um das Los der Eingeborenen zu verbessern, haben sie jede Verletzung der Rechte der Eingeborenen, ihre Ausbeutung und ihre Versklavung zu verhindern, und haben sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln an ihrer Erziehung zur Unabhängigkeit zu arbeiten.

Zu diesem Zwecke sollen die Abgeordneten der sozialistischen Parteien ihren Regierungen vorschlagen, einen internationalen Vertrag zu schließen, um ein Kolonialrecht zu schaffen, das die Rechte der Eingeborenen schützt und von den vertragschließenden Staaten gegenseitig garantiert wird."

Hier ist kunterbunt, willkürlich und wahllos so ziemlich alles zusammengeworfen worden, was an Vorschlägen überhaupt gemacht war. Trotzdem gab es noch eine Reihe von Amendements und Verschärfungsanträgen der Vertreter absoluter kolonialpolitischer Negation.

So lag von der sozialdemokratischen Partei Hollands ein Amendement vor, den Schlußpassus der Resolution ausfallen zu lassen von „Zu diesem Zweck" bis inklusive „gegenseitig garantiert wird".

Digitized by Google

Eine Minderheit der Kommission legte einen Antrag Ledebour und Genossen vor:

1. Absatz 1 zu streichen.
2. Als Absatz 1 einzufügen:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß.

Die zivilisatorische Mission, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft beruft, dient ihr nur als Deckmantel für die Eroberungs- und Ausbeutungsgelüste. Erst die sozialistische Gesellschaft wird allen Völkern die Möglichkeit bieten, sich zur vollen Kultur zu entfalten.

Die kapitalistische Kolonialpolitik, statt die Kollektivkräfte zu steigern, zerstört durch Verklavung und Verelendung der Eingeborenen wie durch mörderische verwüstende Kriege den natürlichen Reichtum der Länder, in die sie ihre Methoden verpflanzt. Sie verlangsamt oder verhindert dadurch selbst die Entwickelung des Handels und des Absatzes der Industrieprodukte der zivilisierten Staaten.

Der Kongreß verurteilt die barbarischen Methoden kapitalistischer Kolonisation und verlangt im Interesse der Entfaltung der Produktivkräfte eine Politik, die die friedliche kulturelle Entwickelung gewährleistet und die Bodenschätze der Erde in den Dienst der Höherentwickelung der gesamten Menschheit stellt."

3. Den letzten Absatz zu streichen.

Die englischen Delegierten schließlich legten noch eine Resolution vor, die sich mit der Ausübung der englischen Herrschaft in Indien befaßt.

Im Plenum begründete als Berichterstatter van Kol die Mehrheitsresolution der Kommission mit einer äußerst bemerkenswerten und viel beachteten Rede, deren wichtigste Sätze sich gegen den negativen Standpunkt eines Teils der deutschen Sozialdemokraten richtete. Als besonders charakteristisch seien daraus die folgenden Abschnitte wiedergegeben:

„In der Kommission haben sich zwei Tendenzen gegenüber gestanden, eine negative und eine positive, die eine theoretisch, die andere praktisch und aktiv. Aktive Politik, eine Politik der Aktion zu betreiben ist unsere Pflicht. Vor 1870, als wir noch eine kleine Gruppe waren, als wir noch an die Katastrophentheorie glaubten, da hielten wir es für ausreichend, gegen den Kapitalismus lediglich zu protestieren, unseren Anhängern ihre schrecklichen Leiden vor Augen zu halten und ihnen im scharfen Gegensatz dazu das Paradies der Zukunft vor Augen zu führen. Jetzt haben wir die Pflicht erkannt, gegen den Kapitalismus auch zu handeln. Auch in der Kolonialpolitik müssen wir ein Reformprogramm haben. Die große Mehrheit der Kommission hat eine Resolution angenommen, die von einem rein negativen Standpunkt absieht und eine sozialistische Kolonialpolitik fordert. Aus der Resolution der Minorität spricht eine dumpfe Verzweiflung. Sie ist nicht nur unbestimmt in ihren Ausdrücken, sondern steht auch in schärfstem Widerspruch mit den Tatsachen und der Wahrheit. Ich verstehe nicht, wie ein denkender und theoretisch gebildeter Sozialdemokrat die Resolution unterzeichnen konnte.

Ich würde es sehr bedauern, wenn eine so große Nation wie die deutsche sich im Vertrauen auf so utopische Pläne in den Schmollwinkel stellen und für die Gegenwart auf die bloße Negation beschränken würde. Die Resolution der Minorität leugnet weiter die Möglichkeit, durch die kapitalistische Kolonialpolitik die Produktivkräfte der Kolonien zu entwickeln. Das verstehe

Digitized by Google

ich von einem denkenden Menschen überhaupt nicht. Man denke doch nur einen Augenblick an die Kolonisation der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ohne die Kolonisation Amerikas würden dort heute noch die Eingeborenen in den dürftigsten kulturellen Verhältnissen leben. Will Ledebour der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung etwa die unentbehrlichen Rohstoffe entziehen, die die Kolonien ihr bieten könnten? Will er auch nur für die Gegenwart auf die unermeßlichen Reichtümer der Kolonien verzichten?

Aber über diese Frage brauchen wir heute nicht zu diskutieren. Nur das frage ich Ledebour, ob er jetzt unter dem kapitalistischen Regime den Mut hätte die Kolonien aufzugeben? Vielleicht sagt er uns auch, was er dann mit der Ueberbevölkerung Europas anfangen will, in welchen Ländern sich die Leute, die auswandern müssen, ihre Stätte suchen sollen, wenn nicht in den Kolonien. Was will Ledebour mit dem wachsenden Ertrag der europäischen Industrie anfangen, wenn er ihm nicht in den Kolonien neue Absatzgebiete schaffen will? Und will er sich als Sozialdemokrat etwa der Pflicht entziehen, an der höheren Bildung und Weiterbildung der zurückbleibenden Völker zu arbeiten?

Wir haben für unsere Resolution eine vorsichtigere, für Ledebour und seine Freunde liebenswürdigere Form gewählt und gleichwohl hat die Minderheit unsere Resolution abgelehnt. Nun kann man ja eine Resolution ablehnen. Aber man verhindert damit doch nicht, daß Kolonien existieren. Der ganze Erdball ist geteilt unter die kolonialen Mächte. Im Jahre 1900 hatte der Internationale Kongreß in Paris die Sozialisten aller Länder aufgefordert, die kolonialen Fragen zu studieren, ein Kolonialprogramm zu entwerfen. Ich frage die deutsche Sozialdemokratie: Wo ist Euer Kolonialprogramm? Ihr habt immer nur mit dem Herzen gegen die Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kolonialpolitik protestiert, und ich habe Ledebours warmherzige Rede mit lebhaftester Anteilnahme gelesen. Aber es ist traurig, das auszusprechen: Getan habt Ihr nichts für die Entwickelung der deutschen Kolonien. Geistig ist die deutsche Sozialdemokratie in der Kolonialfrage nicht auf der Höhe gewesen. Wo sind Eure Schriften, Eure Schriftsteller, die über die Kolonialfrage geschrieben hätten? Wer von Euch ist in die Kolonien gegangen, um dort die Verhältnisse zu studieren? Es wäre Eure Pflicht gewesen, nicht nur Opposition zu machen, sondern auch zu handeln. Aber Ihr habt es nicht getan, ebensowenig wie Frankreich. Nur das kleine Holland hat seine Pflicht getan und ein Minimalprogramm für die Kolonien, eine Art sozialistischer Kolonialpolitik entworfen!

Bei einem Kriege zwischen Japan und Amerika würde es sich um die Herrschaft im Stillen Ozean handeln, und auch ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich könnte nur koloniale Ursachen haben. Daher wäre es die erste Pflicht der deutschen Sozialdemokraten, sich gegen den Imperialismus zu wenden, wie auch die englischen Arbeiter den Imperialismus Chamberlains bekämpft haben. Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie Deutschlands, die Kolonialfrage näher zu prüfen und ein Programm für die Kolonialpolitik aufzustellen."

Gerade diese letzten Bemerkungen sind ganz besonders treffend insofern, als sowohl der große Transvaalkrieg, wie der ostasiatische Krieg Kolonialkriege waren, ein amerikanisch-japanischer Krieg ein Kolonialkrieg gewesen sein würde, die militärischen Operationen, zu denen Deutschland seit Gründung des Reichs gezwungen, ebenfalls Kolonialkriege waren, und, wenn Deutschland zu einem Krieg mit einer oder mehreren der Westmächte gezwungen worden wäre oder gezwungen werden würde, der Siegespreis, wie immer die Entscheidung ausfallen würde, auf kolonialem Gebiet gezahlt werden

Digitized by Google

müßte. Spielt aber die Kolonialpolitik in der modernen Zeit eine derartig entscheidende Rolle, so liegt auf der Hand, daß eine Partei, die alle Kolonialpolitik negiert, eine gänzlich in der Luft schwebende, jeder realen und jeder nationalen Grundlage entbehrende Politik treibt.

Das wurde auch unter anderem von Eduard Bernstein anerkannt, der in der Stuttgarter Diskussion ausführte:

„Mit der steigenden Macht der Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern steigt ihre Verantwortung. Wir dürfen deshalb auch in der Kolonialpolitik nicht einen rein negativen Standpunkt einnehmen, sondern wir müssen eine positiv sozialistische Kolonialpolitik treiben. Wir müssen von der utopischen Idee abkommen, die dahin geht, die Kolonien kurzweg zu verlassen. Die letzte Konsequenz dieser Anschauung wäre, daß man die Vereinigten Staaten den Indianern zurückgäbe. Die Kolonien sind da. Damit muß man sich abfinden. Eine gewisse Vormundschaft der Kulturvölker gegenüber Nichtkulturvölkern ist eine Notwendigkeit, die auch Sozialisten anerkennen sollten. Stellen wir uns doch auf den Boden der realen Tatsachen, und dann müssen wir dazu kommen, der kapitalistischen Kolonialpolitik eine sozialistische entgegenzusetzen. Ein großer Teil unseres Wirtschaftslebens baut sich auf der Gewinnung von Produkten aus den Kolonien auf, mit denen die Eingeborenen gar nichts anzufangen wußten. Aus allen diesen Gründen müssen wir die Resolution der Mehrheit annehmen."

Dagegen vertrat auch im Plenum Ledebour seinen bereits charakterisierten Standpunkt, worauf Eduard David scharf und nicht unzutreffend erwiderte:

„Wenn die Minorität sagt, an der heutigen Kolonialpolitik ist absolut nichts zu verbessern, sie ist unter allen Umständen ein Schaden für die Eingeborenen und das Land, das sie treibt, so muß diese Minderheit wenn sie konsequent wäre, dafür eintreten, daß die Kolonien abgeschafft werden. Ledebour ruft mir zu, das wollen wir auch! Dann mögen die englischen Kameraden, die für die Resolution Ledebour eintreten, in ihren Parlamenten beantragen, ihre Kolonien abzuschaffen und ebenso die französischen Genossen. Und wenn nun wirklich die Vertreter dieser Auffassung in der Lage wären, die Kolonien als solche zu beseitigen, so würde das heißen, diese den Eingeborenen zurückgeben. Was würde wohl dann mit den Kolonien geschehen? Nicht Humanität würde in ihnen walten, sondern sie würden in die Barbarei zurückfallen."

Es ging dann ein Antrag der französischen Delegation ein: den ersten Absatz der Mehrheitsresolution zu streichen; ferner ein Antrag der deutschen Delegation, an Stelle des ersten Absatzes der Resolution der Majorität folgende Fassung zu setzen:

„In der Erwägung, daß der Sozialismus die Produktivkräfte des ganzen Erdkreises entfalten und alle Völker zur höchsten Kultur emporführen will, verwirft der Kongreß nicht jede Kolonialpolitik prinzipiell, weil diese unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken kann."

Diese Fassung wurde vom Berichterstatter van Kol als Vertreter der Majorität akzeptiert.

Als Vertreter der Minderheit innerhalb der deutschen Delegation hielt Karl Kautsky einen Vortrag von so fabelhafter Weltfremdheit, daß van Kol ihm erwiderte:

Digitized by Google

„Wir sollen die Maschinen und Werkzeuge nach Afrika bringen! Büchertheorie! Damit will er das Land zivilisieren! Wenn wir nun eine Maschine zu den Wilden Zentralafrikas bringen, was werden sie damit tun? Vielleicht werden sie einen Rundtanz darum aufführen oder auch die große Zahl ihrer Abgötter um einen vermehren. Vielleicht sollen wir auch noch Europäer hinschicken, die die Maschinen treiben. Was die Eingeborenen mit ihnen machen würden, weiß ich nicht. Aber vielleicht machen Kautsky und ich den Versuch, vielleicht gehen Theorie und Praxis Arm in Arm mit den Werkzeugen und Maschinen in das wilde Land Vielleicht werden die Eingebornen unsere Maschinen zerschlagen, vielleicht werden sie auch uns totschlagen oder sogar fressen. Wenn wir Europäer mit Werkzeugen und Maschinen dahin kommen, wären wir die wehrlosen Opfer der Eingeborenen. Deshalb müssen wir mit Waffen in der Hand kommen, auch wenn Kautsky das Imperialismus nennt. Weiter, die Eingeborenen seufzen jetzt unter der tyrannischen Herrschaft einzelner Fürsten. Sie, die gegen jene fast wehrlos sind, werden auf das Unmenschlichste ausgebeutet. Ob unter diesen Umständen dort ein kämpfendes Proletariat erstehe, ist mir zweifelhaft. Es ist unmöglich, auf einem Boden, wo kein Rechtsschutz besteht — weder für die Eingeborenen noch für die Einwanderer — nach Art Kautskys mit der ökonomischen Entwickelung kommen zu wollen. Wie sich ein Gelehrter gegenüber sozialen Realitäten über eine Sache hinwegsetzen kann, haben wir heute an Kautsky gesehen, der in der Kolonialfrage vom Utopisten zum Revisionisten und Imperialisten geworden ist."

Die Abstimmung verlief derartig, daß zunächst das Amendement der Minorität mit 127 gegen 108 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen angenommen wurde. Gegen das Amendement stimmte unter anderem Deutschland. Der Antrag der französischen Delegierten auf Streichung des Einleitungsabsatzes in der Mehrheitsresolution wurde darauf zurückgezogen und die durch das Amendement veränderte Mehrheitsresolution gelangte alsdann bei en bloc-Abstimmung unter Stimmenthaltung Hollands zu einstimmiger Annahme. Man war also wieder zu dem um jeden Preis erstrebten Ziel der Einstimmigkeit gelangt, wobei allerdings gerade die holländischen Stimmen der positiven sozialistischen Kolonialpolitiker ausfielen. Ebenso wie bei der Resolution über die Stellungnahme zum Militarismus hatte man aber auch bei diesem Punkt eine solche Weitschweifigkeit des Ausdrucks und ein so buntes Zusammenfassen der verschiedenen Tendenzen wählen müssen, daß die äußerlich scheinbar erreichte Einmütigkeit keinem verständigen Kongreßbesucher zur wirklichen Genugtuung dienen konnte. Es war nur ein recht durchsichtiger Schleier vor die unüberbrückbaren Gegensätze gezogen, die deshalb doch keinen Augenblick aufhörten, unvermindert fortzubestehen.

Die Kolonialpolitik auf dem Essener Parteitag.

Nicht nur, wie die vorangegangenen Stuttgarter internationalen Verhandlungen gezeigt hatten, klaffen hinsichtlich der kolonialpolitischen Auffassung tiefe Gegensätze zwischen außer-

Digitized by Google

deutschen und deutschen Sozialisten, sondern auch die deutschen Sozialisten unter sich stehen dem Problem ganz verschieden gegenüber. Auf dem Essener Parteitag wurde in Anknüpfung an die Beratung der Militärresolution von einem Delegierten, Weißmann-Karlsruhe, die Frage mit den Worten angeschnitten:

„Vielleicht wäre es ratsam, daß die Fraktion sich einen Beirat für koloniale Fragen schafft. Ich war auf Widerspruch gefaßt. Es kommt darauf an, auch die kolonialen Fragen anderer Länder zu studieren, das Material zu sammeln und auch an Ort und Stelle — also in den Kolonien — Studien zu machen. Ich bitte, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Wir kommen nicht um eine praktische Prüfung der Kolonialfrage herum."

Eine derartige Ketzerei war für den berühmten Kolonialsachverständigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Ledebour, das Signal zum Entflammen seiner Entrüstung. Wie, ein kolonialpolitischer Beirat, wo doch Ledebour persönlich die Inkarnation alles kolonialpolitischen Wissens und Denkens bildet?:

„Das ist praktisch unausführbar, ich kenne nämlich keine Parteigenossen, die gerade in dieser Frage als sachverständige Autoritäten gelten könnten. Wir in der Fraktion sind noch immer die erfahrensten auf diesem Gebiete. Ich für meine Person habe mich seit 30 Jahren sehr eingehend mit der Kolonialfrage beschäftigt, längst, bevor wir in Deutschland Kolonien hatten. Einen Beirat halte ich für vollständig überflüssig. Wir müssen sehen, so gut wir können, mit dem Wissen auszukommen, über das wir verfügen."

Ledebours Schlußwort war kurz und bündig: Wir haben zwar keine kolonialen Erfahrungen, aber wir werden doch „in ganz derselben Weise wie bisher gegen diese koloniale Schandwirtschaft arbeiten".

Nach diesem Vorspiel kam durch den Bericht über den Stuttgarter Kongreß die kolonialpolitische Debatte auch in Essen in allgemeinen Fluß. Die offizielle Parteimeinung in kolonialpolitischer Hinsicht, so weit von einer solchen die Rede sein kann, wird man am ehesten den folgenden Ausführungen aus Singers Referat zu entnehmen haben:

„Das, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft können, und was wir, so weit die Reichstagsfraktion in Frage kommt, auch bei der gegenwärtigen Kolonialpolitik fordern, das ist eine Zivilisationspolitik, eine Politik der Wahrnehmung der Rechte der Eingeborenen gegenüber den Eroberern, nicht eine Kolonialpolitik, die darauf ausgeht, fremde Erdteile in Besitz zu nehmen, sie im kapitalistischen Interesse auszubeuten, die Eingeborenen niederzumetzeln und barbarisch zu behandeln. Wenn ich die Kolonialpolitik bezeichnen soll, die etwa, nachdem der Sozialismus die Welt erobert hat, geführt werden könnte, so möchte ich kurz sagen, daß wir nach meiner Ansicht dann zu den betreffenden Völkern in dieselben Beziehungen zu treten haben, wie heute die einzelnen Kulturstaaten (!) zueinander stehen. Wir haben Freundschaftsverträge und Handelsverträge mit ihnen abzuschließen und für eine Freiheit des gegenseitigen Verkehrs zu sorgen. Das kann man als sozialistische Kolonialpolitik bezeichnen. Aber im Augenblick haben wir darüber nicht zu entscheiden. Die Kolonialpolitik der bürgerlichen Gesellschaft haben wir grundsätzlich zu bekämpfen, nur daß wir in den Fragen, in denen die Rechte der Eingeborenen in Betracht kommen, selbst-

Digitized by Google

verständlich zum Schutze der Unterdrückten auftreten, wie es unser Programm der Gerechtigkeit und der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, von uns verlangt."

Sozialistische Kolonialpolitik wäre demnach, ganz im Sinne der von Bebel allezeit praktisch betätigten Herero-Politik, unsere Kulturpioniere draußen erbarmungslos auszuliefern. Eine schöne Zivilisationspolitik, die die Ausbreitung der Zivilisation verhindert und sich darauf beschränkt, die unzivilisierten Neger gegen die Träger der Zivilisation nicht nur zu schützen, sondern zu bewaffnen! Durch das Spiel mit Worten: „Kolonialpolitik" durch „Zivilisationspolitik" zu ersetzen, glaubte Singer den ganzen Streit geschlichtet zu haben. Er mußte sich aber von Ledebour belehren lassen, daß nicht um Worte, sondern um Prinzipien gestritten werde. Ledebour stellte zutreffend fest, daß im sozialistischen Lager ganz verschiedene Auffassungen von der Kolonialpolitik herrschen:

„Unter sozialistischer Kolonialpolitik verstehen die einen diejenige Politik, welche wir gegenüber der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen, gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik einschlagen. Man hat unsere praktische Betätigung im Parlament hin und wieder „sozialistische Kolonialpolitik" genannt. Andererseits hat man unter sozialistischer Kolonialpolitik das verstanden, was Singer anführt, nämlich die Kulturverbreitung unter fremden Völkern."

Ledebour stellte Kulturpolitik und Kolonialpolitik in Gegensatz und erläuterte diesen Gegensatz durch folgende Ausführungen:

„Heute schon wird von allen europäischen Völkern in südamerikanischen Republiken solche Kulturverbreitung getrieben durch Aerzte, Lehrer, Techniker, Kaufleute und durch Arbeiter usw., die auf die kulturell rückständigen Völker dort erzieherisch einwirken, indem sie ihnen Beispiele und Lehren in der wirtschaftlichen Kulturentwickelung geben. Nach unserer Auffassung wird diese Art kultureller Tätigkeit, nur in weit höherem Maße natürlich, später auch von den sozialistischen Gemeinwesen geübt werden, wenn diese an die Stelle der kapitalistischen Staaten getreten sind. Das ist aber keine Kolonialpolitik mehr, was wir gegenüber Südamerika treiben. Wir stehen zu Südamerika einfach in dem allgemeinen Verhältnis befreundeter Völker, die sich gegenseitig beeinflussen. Was aber auf dem Stuttgarter Kongresse zum ersten Male in die Erscheinung trat und gerade durch David, van Kol und Bernstein befürwortet wurde, was man da sozialistische Kolonialpolitik nannte, ist die Anwendung staatlicher Zwangsmittel gegenüber fremden Staaten und Völkern. Und van Kol ging so weit, zu sagen wir müßten evtl. mit den Waffen in der Hand zu ihnen kommen. Die Propaganda solcher Grundsätze konnten wir unter keinen Umständen dulden, das schlägt unseren eigenen Grundsätzen ins Gesicht. Wenn wir hier gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, dann müssen wir ebenso gegen die Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker, die nach unserer Auffassung rückständig sind, protestieren. Die genannten Genossen haben uns vorgeworfen, wir wollten keine praktische Politik, wir wollten nur verneinen. Nichts ist falscher als das. Wir haben beständig auf eine praktische Tätigkeit gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik hingewirkt."

Eine andere Methode als Singer, dem Streit um diese zwiespältige Auffassung auszuweichen, hat Bebel; er scheint am

Digitized by Google

Prophezeien ein Haar gefunden zu haben und weicht je länger je intensiver der Frage aus, wie er sich den Zukunftsstaat vorstelle. So meint er bezüglich der zukunftsstaatlichen Kolonialpolitik einfach:

„Die Frage, ob es eine sozialistische Sozialpolitik gibt, hätte gar nicht in die Erörterung gezogen werden sollen, weil das ein Streit um des Kaisers Bart ist, eine reine Zukunftsmusik. Was wir, wenn wir zur Herrschaft gelangt sind, mit unseren Kolonien anfangen, das, ich sage es Ihnen ganz offen, weiß ich nicht. Den Streit, ob eine sozialistische Kolonialpolitik möglich ist, halte ich für einen sehr müßigen Streit, der die Zeit und das Papier nicht wert ist, die darauf verwandt worden sind."

Im Grundsatz widerspricht Bebel sich selbst; denn einmal meint er, „daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen, Kolonialpolitik treiben kann unter Umständen eine Kultursache sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird". Dann aber wieder betont er den Satz des sozialdemokratischen Parteiprogramms:

„Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie heute schon nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

Er sieht hierin den programmatischen Standpunkt der Partei auch zur Kolonialpolitik. Wie er sich Kolonialpolitik denkt, ohne daß die weiße Rasse ihre Ueberlegenheit gegenüber der farbigen geltend macht und diese, was ohne einen gewissen Zwang unmöglich ist, zur Arbeit erzieht, bleibt sein Geheimnis.

Bernstein und David, die Revisionisten, hatten in Stuttgart sich dazu bekannt, daß die höher kultivierten Völker eine Herrschaft über die nieder kultivierten ausüben, und sich auf den Standpunkt gestellt, daß auf Grund einfacher Verneinung der Kolonialpolitik die Sozialdemokratie auch außerstande sei, positiv zur Verbesserung der Kolonialpolitik beizutragen — ein Standpunkt, der selbstverständlich von Männern wie Kautsky auf das Entschiedenste abgelehnt wird. Daß tatsächlich in dem Wort „sozialdemokratische Kolonialpolitik" bei Berücksichtigung der vorherrschenden Parteimeinung ein logischer Widerspruch liegt, wurde in Essen von dem jetzt so viel genannten Dr. Liebknecht offen ausgesprochen, und zwar mit der Begründung, daß das Wort „Kolonie" bereits den Begriff Bevormundung, Beherrschung, Abhängigkeit in sich schließt. Nach der vorherrschenden Meinung der deutschen Sozialdemokratie kann diese Partei eben tatsächlich mit Kolonialpolitik überhaupt nichts zu tun haben. Sie ist viel zu doktrinär, um ihr irgend welches Verständnis entgegenbringen zu können. Dieser rein negative Standpunkt aber verwirkt ihr auch das Recht zur Detailkritik der praktischen Kolonialpolitik, sie hat hierüber „nix to seggen".

Digitized by Google

Zivilisationspolitik im Sinne Singers ohne Kolonialpolitik wird in den größten Gebieten des schwarzen Erdteils auf sich beruhen müssen, bis vielleicht einmal, und zwar durch die Mittel der Kolonialpolitik, die Neger auf eine Stufe gebracht sind, die den Vergleich mit den südamerikanischen Staaten zuläßt. Die Kolonialpolitik des Zukunftsstaates aber, meint Bebel, sei ein Streit um des Kaisers Bart. Ei, sollte sich der alte Bebel am Ende zu der Ansicht bekehrt haben, daß auch seine jüngeren Parteigenossen nicht mehr den Zukunftsstaat erleben, in dem diese Frage schon am ersten Tage aktuell werden müßte?

Schluß.

Die sozialdemokratische Presse hat den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Partei sowohl mit dem Stuttgarter Kongreß, wie mit der Essener Tagung durchaus zufrieden sein könne. Insbesondere wurden die angeblichen Stuttgarter Erfolge in Essen von verschiedenen Seiten gefeiert.

Das originellste Nachwort zu der Stuttgarter Tagung schrieb Karl Kautsky in seiner „Neuen Welt", indem er die Niederlage der deutschen Sozialdemokratie auf dem internationalen Kongreß folgendermaßen zu ihrem Heil umdeutete:

„Die Stuttgarter Tage bildeten eine stolze Heerschau des internationalen Proletariats, erhebend und anfeuernd für jeden, dem es vergönnt war, ihnen beizuwohnen. Aber sie bedeuten noch mehr. Auf dem jüngsten internationalen Kongreß dokumentierten die Arbeiterbataillone aller Länder nicht bloß eine Stärke und Entschlossenheit, wie sie bisher noch nicht bekundet worden, sie schmiedeten dort auch neue Waffen von auserlesener Wirksamkeit, die unseren Vormarsch wesentlich erleichtern und beschleunigen werden.

... Diese Einmütigkeit (?) bildete das vornehmste Merkmal des jüngsten Kongresses; ebenso bedeutsam aber erscheint mir die Tatsache, daß von der führenden Rolle, die bisher die deutsche Sozialdemokratie in der neuen Internationale tatsächlich einnahm, diesmal nichts mehr zu merken war, — sie hat ein Ende gefunden gerade auf dem ersten internationalen Kongreß, der auf deutschem Boden stattfand.

.. Wurde die erste Internationale von England aus geleitet, hatte die zweite bisher ihren tatsächlichen Schwerpunkt in Deutschland, so besteht seit dem Stuttgarter Kongreß neben der formellen Gleichberechtigung aller proletarischen Bewegungen auch die tatsächliche Gleichwertigkeit der wichtigsten unter ihnen, eine Gleichwertigkeit, die nicht auf einem Zurückbleiben der deutschen Sozialdemokratie, sondern auf einem rascheren Wachstum der bedeutendsten der ausländischen beruht, eine Gleichwertigkeit, die nicht zur Zersplitterung führt, sondern zu wachsender Harmonie (?) und Geschlossenheit, weil sie auf dem Wachstum aller in gleicher Richtung beruht und weil sie allen Eifersüchteleien ein Ende macht, die im stillen manche kleinere Organisationen des Auslandes hie und da hegten, wenn sie die Ueberlegenheit der deutschen Sozialdemokratie bedrückend empfanden.

Diese selbst hat darum das Schwinden ihrer Ueberlegenheit aufs freudigste zu begrüßen (?), entspringt es doch nicht einem Schwinden ihrer eigenen Kraft, sondern dem raschen Zunehmen der Kräfte ihrer Brüder. Die Gleichwertigkeit der sozialdemokratischen Organisationen aller großen Kulturländer, sie erst bietet die feste Grundlage, die jeden unserer Fortschritte zu einem allgemeinen und unzerstörbaren macht."

Digitized by Google

Die ausländischen Genossen nannten es in Stuttgart anders. Sie sprachen unter höhnischer Bezugnahme auf die Stellung, die Deutschland während der letzten Jahre in der auswärtigen Politik von gewissen Seiten zugedacht worden war, von einer „allseitigen Einkreisung der deutschen Sozialdemokratie". – Auch die Gegensätze zwischen Revisionismus und Radikalismus innerhalb der deutschen Genossen haben sich in Anknüpfung an den Stuttgarter Parteitag wieder in verstärktem Maße geltend gemacht.

So wimmelte die von den „Sozialistischen Monatsheften" anläßlich des Essener Parteitags herausgegebene Festnummer von schärfsten Angriffen der revisionistischen Führer gegen die radikalen.

Sowohl der Stuttgarter Kongreß, wie der Essener Parteitag haben den Gegnern der Sozialdemokratie reichliches Material an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe die Unvereinbarkeit der theoretischen und praktischen Ziele der Sozialdemokratie scharf beleuchtet werden kann, die Unvereinbarkeit des marxistischen Dogmatismus und der parteitaktischen Demagogik mit den praktischen Interessen der Arbeiterschaft und einer entsprechenden positiven Beeinflussung der Politik. Auch den heute noch im Banne der sozialdemokratischen Partei Stehenden müssen und können die Augen hierüber immer mehr geöffnet werden.

Aber auch wenn die Hoffnung besteht, auf diese Weise weitere Mitläuferscharen von der Sozialdemokratie abzuziehen, so bleibt doch andererseits die Gefahr bestehen, daß die rein negierenden Tendenzen von unten herauf immer wirksamer geltend gemacht werden können, insbesondere auch auf antimilitaristischem Gebiet, durch sozialistische Durchsetzung des Heeres. Es darf nicht vergessen werden, daß sich dem Stuttgarter Sozialistenkongreß die erste internationale Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen anschloß, auf der Liebknecht einen großen Vortrag über den Kampf gegen den Militarismus halten durfte, und daß speziell die deutsche Sozialdemokratie neuerdings ihre lebhafteste Aufmerksamkeit auf die sozialistische Jugenderziehung gerichtet hat.

Ihr in intensivster Arbeit entgegenzuwirken, um den sozialdemokratischen Geist in der neuen Generation nicht einen unentreißbar festen Boden gewinnen zu lassen, und die auf den besprochenen Gebieten in Stuttgart und Essen so klar hervorgetretenen Zwiespältigkeiten der sozialistischen Tendenzen in der Aufklärung der heutigen Generation geschickt zu benutzen, — das sind die beiden wesentlichen praktischen Lehren, die wir aus der rückschauenden Betrachtung der sozialistischen Tagungen zu ziehen haben.

Emil Nagel, Berlin SW. 68, Ritterstr. 71.

Digitized by Google

K. POSCHEGAR
Bookbinderei - Stempel
8081 PUCHHEIM
Augsburger Straße 33 1/2